

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung
am Dienstag, **11.10.2011**, 16:00 Uhr - 18:12 Uhr,
Konferenzzimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Magnus Adams , Georg Berding , Olaf Dreßen , Jürgen Ohm , Helga Welker , Simone Wendland

von der SPD-Fraktion

Elke Leiendecker , Thomas Marquardt , Kurt Pölling , Lars Wieneke

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Heribert Klas , Thomas Marczinkowski (bis 17.00 Uhr), Dr. Rita Stein-Redent

von der FDP-Fraktion

Jens-Ulrich Lenski

von der Fraktion DIE LINKE.

Christian Brämswig

von der Verwaltung

Martina Arndts-Haupt , Erwin Goerke , Dr. Wolf Heinrichs , Michaela Heuer , Jochen Lücken , Martin Schulze-Werner , Norbert Vechtel

für die Schriftführung

Andrea Gottlob

Es fehlten:

Gerhard Joks , Fritz Pfau , Werner Quante , Florian Steinforth , Ahmet Yesilyaprak ,

Gäste:

Herr Geßler, DEHOGA und Herr Mester, Polizei

Tagesordnung

- | | | |
|--------------------------|-----|---|
| | 1. | Eingänge und Mitteilungen |
| <u>V/0694/2011</u>
I | 2. | Bericht zur Sicherheit und Ordnung in der Altstadt - Lagebericht und Bewertung der Zusammenarbeit mit dem Gastronomiegewerbe im Rahmen des Modells "12plus" |
| <u>V/0611/2011</u>
IV | 3. | ProjektHaus - Beschulung verhaltensauffälliger Schüler/innen im Bildungsgang Realschule oder Gymnasium |
| <u>V/0691/2011</u>
IV | 4. | Neuerrichtung einer Sekundarschule im Schulzentrum Roxel |
| <u>V/0728/2011</u>
IV | 5. | Umsetzung des Projektes Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets |
| <u>V/0603/2011</u>
IV | 6. | Aktueller Sachstand zu international ausgerichteten Bildungsangeboten
Dauerhafte Einrichtung des Bildungsganges "International Baccalaureate (IB)" am Gymnasium Paulinum |
| | 7. | FDP-Antrag: Service-Telefon - mündlicher Bericht |
| <u>V/0433/2011</u>
I | 8. | Handy-Parken (E-Parking / Mobile-Parking) in Münster |
| | 9. | Stellenplan 2012 für die Stadt Münster - Einbringung |
| | 10. | Verschiedenes |

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte die Vorsitzende, dass Anträge zur Geschäftsordnung vorlägen.

Herr Dreßen beantragte für die CDU-Fraktion, den TOP 4 in den Rat zu schieben und die TOP 5 und 6 in die nächste Beratungskette des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung zu vertragen.

Her Pölling erklärte für die SPD-Fraktion, dass er sich diesem Antrag anschließe und darüber hinaus beantrage, den TOP 3 ebenfalls in den Rat zu schieben.

Herr Klas beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, den TOP 3 nicht heute zu beraten, sondern erneut im Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung aufzugreifen und damit in die nächste Beratungskette zu schieben.

Sodann ließ Frau Wendland über die Anträge abstimmen.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, den TOP 3 in die nächste Beratungskette zu schieben, wurde einvernehmlich angenommen.

Die übrigen Anträge, den TOP 4 zur Beschlussfassung in den Rat zu schieben und die TOP 5 und 6 in die nächste Beratungskette zu vertagen wurden ebenfalls einstimmig angenommen.

Da Herr Dr. Heinrichs aktuell in der Sitzung noch nicht anwesend war, wurde der TOP 1 Eingänge und Mitteilungen einvernehmlich in den hinteren Teil der Sitzung verschoben.

Punkt 1 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Keine Eingänge und Mitteilungen.

Punkt 2 der Tagesordnung V/0694/2011

Bericht zur Sicherheit und Ordnung in der Altstadt - Lagebericht und Bewertung der Zusammenarbeit mit dem Gastronomiegewerbe im Rahmen des Modells "12plus"

Frau Wendland begrüßte die zur Sitzung eingeladenen Vertreter der Polizei, Herrn Mester und des DEHOGA, Herrn Geßler. Einvernehmlich wurde vereinbart, beiden Gästen ein Rederecht einzuräumen.

Herr Schulze-Werner gab zunächst eine kurze Einführung in die Thematik. Herr Vechtel stellte sodann anhand von Zahlen, Daten und Fakten die Inhalte der Vorlage ausführlich vor. Im Anschluss daran gab zuerst Herr Mester für die Polizei seine Einschätzung zur Situation ab. Er unterstrich die Aussagen der Ordnungsverwaltung und erklärte, objektiv sei mehr Sicherheit feststellbar. Aus Sicht der Polizei habe sich die Lage in der Stadt beruhigt. Er wies in diesem Zusammenhang auf die zusätzlichen Personaleinsätze der Polizei hin. Insgesamt schaue er optimistisch in das Jahr 2012.

Danach gab Herr Geßler seine Einschätzung ab. Er erläuterte, warum sich aus Sicht des DEHOGA die Situation in den letzten Jahren verändert habe, verwies dabei zum Beispiel auf den Nichtraucherschutz, die veränderten Öffnungszeiten im Einzelhandel etc. Er bat die Mitglieder des Ausschusses um Unterstützung für eine Ausweitung der Streifengänge, wobei diese Ausweitung sowohl zeitlich als auch räumlich erforderlich sei. Weitere Notwendigkeiten sehe er unter anderen in der Aufstellung von zusätzlichen Toiletten, in der Ausweitung des Alkoholverkaufsverbots, insbesondere aber in der Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle (Kümmerer) für die Gastronomie.

Herr Schulze-Werner nahm zu den Ausführungen insbesondere des Herrn Geßler Stellung und erklärte, dass aufgrund der bestehenden Zuständigkeiten die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle nicht realisierbar sei.

Es ergab sich eine intensive Diskussion, in deren Verlauf die vielschichtigen Problematiken von allen Fraktionen und der Verwaltung beleuchtet wurden. Frau Wendland erklärte, dass sich die ordnungspolitischen Sprecher bereits mehrfach zur Thematik ausgetauscht hätten. Ausfluss dieser Treffen sei ja auch die Einladung der beiden Herren in die heutige Sitzung. Sie regte an, im Kreis der ordnungspolitischen Sprecher neue Modelle zu entwickeln, um die Sicherheit nachhaltig in den Griff zu bekommen. Letztlich sei dies ein gemeinsames Anliegen. Dazu sei es wichtig, im Gespräch zu bleiben.

Abschließend bedankte sich Frau Wendland bei allen Beteiligten für die jeweiligen Berichte, Stellungnahmen und die intensive Diskussion.

Im Übrigen nahm der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 3 der Tagesordnung
V/0611/2011**

**ProjektHaus - Beschulung verhaltensauffälliger
Schüler/innen im Bildungsgang Realschule oder
Gymnasium**

Der TOP wurde vor Eingang in die Tagesordnung einvernehmlich in die nächste Beratungskette des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung verschoben.

**Punkt 4 der Tagesordnung
V/0691/2011**

Neuerrichtung einer Sekundarschule im Schulzentrum Roxel

Herr Berding verwies auf einen Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion zur Vorlage, der im Ausschuss für Schule und Weiterbildung eingebracht werde. Die Beschlüsse der jetzt anstehenden Schulkonferenzen sollten für die weitere Beratung abgewartet werden. Es handle sich bei dem Ergänzungsantrag um einen Appell des Ausschusses, die Bezirksregierung zu einem vernünftigen Verhalten aufzufordern. Die Fraktionen gaben hierzu jeweils eine kurze Stellungnahme ab.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung hatte sich bereits vor Eintritt in die Tagesordnung einvernehmlich darauf geeinigt, den TOP zur Beschlussfassung in den Rat zu schieben.

**Punkt 5 der Tagesordnung
V/0728/2011**

**Umsetzung des Projektes Schulsozialarbeit im
Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets**

Der TOP wurde vor Eingang in die Tagesordnung einvernehmlich in die nächste Beratungskette des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung verschoben.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0603/2011**

**Aktueller Sachstand zu international ausgerichteten
Bildungsangeboten
Dauerhafte Einrichtung des Bildungsganges "International
Baccalaureate (IB)" am Gymnasium
Paulinum**

Der TOP wurde vor Eingang in die Tagesordnung einvernehmlich in die nächste Beratungskette des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung verschoben.

Punkt 7 der Tagesordnung

FDP-Antrag: Service-Telefon - mündlicher Bericht

Herr Vechtel nahm Bezug auf den Beschluss des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung vom 05.07.2011 zum Antrag der FDP-Fraktion, dem Servicetelefon der Ordnungsverwaltung eine leichter zu merkende Telefonnummer zu geben. Die derzeitige Telefon-Nr. 3299 werde bisher umfangreich genutzt.

Herr Vechtel stellte zunächst die zwei nicht zu realisierenden Lösungsmöglichkeiten dar und begründete dies. Es sei daher nur eine interne Lösung möglich gewesen. Dabei handle es sich jetzt um die Durchwahl „1111“. Sie werde ab 12.10.2011 offiziell geschaltet und im Internet beworben. Die 3299 bleibe bestehen, werde jedoch nicht mehr veröffentlicht und laufe daher langfristig aus.

Im Übrigen verwies Herr Vechtel darauf, dass nach Dienstschluss die Anrufe bis 2.00 Uhr nachts auf die Handys der Mitarbeiter/innen des Service- und Ordnungsdienstes weitergeschaltet würden. Er beantwortete darüber hinaus die Fragen der Ausschussmitglieder.

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0433/2011**

**Handy-Parken (E-Parking / Mobile-Parking) in
Münster**

Herr Vechtel stellte ausführlich die Inhalte der Vorlage vor und erklärte, sich wie das Verfahren konkret darstelle, welche Kosten entstünden und berichtete über die Perspektiven der Zusammenarbeit mit der WBI und den Stadtwerken Münster. Er verwies darauf, dass sich das Verfahren des „Handy-Parkens“ bewährt habe und zwischenzeitlich in größeren Städten Standard sei. Für Münster könnten im Jahr 2012 die Ausschreibung / das Vergabeverfahren durchgeführt werden, so dass die Einführung des Handy-Parkens frühestens in 2013 starten könne.

Herr Vechtel beantwortete die Fragen aus dem Ausschuss. Herr Dr. Heinrichs ergänzte die Ausführungen und hob die Bedeutung einer gleichen Entscheidung bei der WBI hervor.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss sodann einstimmig bei einer Enthaltung (Fraktion DIE LINKE), dem Rat die Annahme des folgenden **Beschlussvorschlages** zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat beschließt:

- 1.1. Das Handy-Parken (E-Parking/Mobile-Parking) wird im Stadtgebiet Münster eingeführt.
- 1.2. Die Einführung soll zeitgleich mit der Bezahlmöglichkeit per Handy in den Parkhäusern der WBI erfolgen (frühestens ab Anfang 2013).
- 1.3. Die zur Einführung des Handy-Parkens (E-Parking/Mobile-Parking) erforderlichen Mittel werden bei der Produktgruppe 0203 „Straßenverkehrsrechtliche Angelegenheiten“ zum Haushaltsplan 2012 und bei der Produktgruppe 1201 „Bereitstellung von Verkehrsflächen und -anlagen“ zum Haushaltsplan 2013 bereitgestellt.

2. Der Rat nimmt zur Kenntnis:

- 2.1 Es entstehen einmalig Kosten für die Beschilderung etc. in den Parkzonen in Höhe von ca. 31.000 € im Jahr 2013.
- 2.2 Im Jahre 2012 ist die planmäßige Ersatzbeschaffung der Verkehrsüberwachungsgeräte beabsichtigt. Um das Handyparken abzubilden, ist eine Zusatzausstattung in Höhe von ca. 10.000 €. erforderlich.
- 2.3 Es ist mit jährlichen Mindererträgen bei den Parkgebühren zu rechnen. Eine gesicherte Aussage zur Höhe der Mindererträge ist auch nach Befragung von Kommunen mit Handy-Parken aktuell nicht möglich.
- 2.4 Das Bezahlen per Handy erzielt die größten Synergien in einer möglichst breit angelegten Zusammenarbeit u. a. mit den Stadtwerken. Eine Zusammenarbeit wird perspektivisch angestrebt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1201	Bereitstellung von Verkehrsflächen und -anlagen			
Zeile	04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2013 ff	20.000-40.000-	Jährliche Mindererträge bei Umsetzung der Maßnahme, z.B. bei 5% Nutzungsgrad, 10% Nutzungsgrad
	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2013	31.000	Umrüstungsmaßnahmen 220 € pro Gerät und Standort
Produktgruppe	0203	Straßenverkehrsrechtliche Angelegenheiten			
Zeile	14	Bilanzielle Abschreibungen	2012 ff	1.250	

Teilfinanzplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0203	Straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen			
Investitionsmaßnahme	0010	Beschaffungen Straßenverkehrsrecht			
Auszahlungen		Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2012	10.000	Zusätzlicher Mehrbedarf für Modul Handy-Parken
Einzahlungen					
Summe aller Auszahlungen/Saldo				10.000	

Punkt 9 der Tagesordnung**Stellenplan 2012 für die Stadt Münster - Einbringung**

Herr Goerke erklärte, dass aus Zeit- und organisatorischen Gründen der Vorentwurf erst in der heutigen Sitzung an die anwesenden Mitglieder verteilt werden konnte. Der wurde noch in gebundener Form versandt. Die übliche Vorbesprechung mit den personalpolitischen Sprechern sei bereits erfolgt.

Herr Dr. Heinrichs gab sodann eine Einführung in den Entwurf des Stellenplanes 2012. Er stellte insbesondere den Schwerpunkt der Vermehrungen dar. Der Rat habe bereits einige Ent-

scheidungen zu Stellenvermehrungen beschlossen. Darüber hinaus stelle die Verwaltung weitere Vorschläge zur Diskussion und Entscheidung. Es handele sich hierbei um Vermehrungen in Kategorien wie beispielsweise

- die priorisierten Bereiche (Kindertagesbetreuung, Brandschutz und Rettungsdienst, pädagogische Angebote in Schulen)
- neue freiwillige Bereiche
- quantitative Entwicklung in Pflichtaufgaben

Auf das Gesamtvolumen in Höhe von rd. 2,3 Mio € würden rd. 1, 2 Mio € aus Erträgen sowie rd. 0,25 Mio € aus Mittelumschichtungen angerechnet, so dass sich ein ergebniswirksamer Betrag von rd. 1,1 Mio € für die Vermehrungen ergäbe. Davon wiederum entfielen ein Betrag von rd. 0,8 Mio € auf die priorisierten Bereiche.

Herr Goerke stellte am Beispiel des Bäderbetriebes die kostenneutrale Umschichtung von Mitteln für die 3,5 Stellenvermehrungen dar und ging anschließend noch auf die Vermehrungen für das Jobcenter ein.

Zum Abschluss seiner Ausführungen erklärte Herr Dr. Heinrichs, dass er als auch Herr Goerke für die Ausschussmitglieder für Fragen zum Stellenplan jederzeit ansprechbar seien. Vereinbart wurde, dass der Entwurf des Stellenplanes den Mitgliedern des Ausschusses und den Fraktionsgeschäftsstellen als pdf.-Datei unmittelbar zur Verfügung gestellt würde.

Aus Sicht des Personalrates gab sodann Herr Lücken eine Stellungnahme zum Entwurf des Stellenplans ab. Probleme sehe er bei den Hebungen gerade im unteren Bereich wie G 05 nach G06, G06/S06 nach G07 oder G08/S08 sowie bei den Wartezeiten im Bereich der Beamtenbeförderung. Herr Dr. Heinrichs nahm dazu Stellung und bot Herrn Lücken ein ergänzendes Gespräch zum Thema „Wartezeiten“ an.

Sodann gab Frau Arndts-Haupt aus Sicht der Frauenförderung ihre Einschätzung ab. Sie stellte ausführlich dar, dass die Beförderungssituation von Frauen insbesondere im oberen Bereich unbefriedigend sei, aber nicht kurzfristig verbessert werden könne. Der Weg gehe nur über einen mit der Verwaltung bereits diskutierten langfristigen Ansatz.

Auf Vorschlag von Frau Wendland wurde vereinbart, dass auch die Stellungnahmen von Personalrat und Gleichstellungsbeauftragter den Mitgliedern und Fraktionsgeschäftsstellen elektronisch zur Verfügung gestellt würden.

Nach der abschließenden Stellungnahme von Dr. Heinrichs zum Stellenplanentwurf wies Herr Goerke noch auf das ebenfalls an die Mitglieder verteilte Papier zum Stand der Haushaltskonsolidierung aus der Sicht des Personal- und Organisationsmanagements hin. Er gab dazu eine kurze Einführung und erläuterte im Einzelnen die Situation in den Säulen 1 – 3. Auch hierzu bestand Einvernehmen, das Papier als pdf.-Dokument den Mitgliedern und Fraktionsgeschäftsstellen unmittelbar zu übersenden.

Frau Wendland dankte der Verwaltung für die Ausführungen und erklärte den Stellenplan als eingebracht.

Punkt 10 der Tagesordnung

Verschiedenes

- Frau Wendland wies darauf hin, dass den Ausschussmitgliedern ein gemeinsamer Antrag von SPD und CDU „Prüfauftrag an die Verwaltung: Verkehrssicherheit auf der Promenade erhöhen – Sicherheitsdefizite beseitigen“ vorläge. Herr Marquardt erläuterte kurz inhaltlich den Antrag, der im Rat eingebracht werde. Herr Ohm ergänzte die Ausführungen. Frau Wendland erklärte, dass der Antrag nach Einbringung in den Fachausschuss

schüssen beraten werde.

- Herr Marquardt gab den Vorschlag von Herrn Vechtel bekannt, dass sich die Ausschussmitglieder vor der nächsten Sitzung einmal die Bußgeldstelle des Ordnungsamtes ansehen könnten. Die „Führung“ würde ca. 30 Minuten dauern. Der Ausschuss nahm den Vorschlag dankend an.
- Herr Klas fragte unter Hinweis auf eine Berichterstattung im Ausschuss zum Informationsfreiheitsgesetz NRW und einem diesbezüglichen gerichtlichen Verfahren, bei dem es um die Einsichtnahme in Prüfberichte des Amtes für Wirtschaftlichkeitsprüfung und Revision ging, nach dem Ausgang des Verfahrens. Frau Heuer berichtete, dass das Bundesverwaltungsgericht die Zulassung der Revision abgelehnt habe. Damit sei das Urteil des OVG rechtskräftig. Als Konsequenz habe die Verwaltung dem Antragsteller die angefragten Prüfberichte zur Verfügung gestellt und dabei im Einklang mit der Rechtsprechung Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse geschwärzt.
- Herr Dr. Heinrichs erklärte, dass das Thema „Rückstellungen“ in der Januar-Sitzung des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung aufgegriffen werde.
- Herr Dr. Heinrichs verwies auf die gemeinsame Sitzung des Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung mit dem Hauptausschuss am 12.10.2011 zur Besetzung der Beigeordnetenstellen. Es seien 4 Kandidaten in die Sitzung für die persönliche Vorstellung eingeladen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Simone Wendland
Vorsitz

Andrea Gottlob
Schriftführung